

Werner Plum  
Ungewöhnliche Normalisierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren staatliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zunächst unmöglich. Das Deutsche Reich war seit Kriegsende nur noch eine Fiktion. Deutsche Staaten gab es noch nicht. Andererseits mußte sich der polnische Staat erst wieder formieren, wo er von den Deutschen unter Hitler mit stalinistischer Beihilfe zerbrochen und die polnische Regierung ins Exil vertrieben worden war.

Unerträgliche Zustände der jüngsten Vergangenheit belasteten das Verhältnis zwischen der polnischen und der deutschen Gesellschaft, die mittlerweile, 35, 40 und 45 Jahre nach dem Inferno, wie unglaubliche Zustände erscheinen: „Polen soll wie eine Kolonie behandelt werden, die Polen werden die Sklaven des Großdeutschen Weltreiches werden“<sup>1</sup>, so hatte es am 3. Oktober 1939 der deutsche „Generalgouverneur der besetzten polnischen Gebiete“, Hans Frank, gefordert. Rücksichtslos wurde Polen von den Deutschen ausgebeutet. Bis zum Kriegsende starben etwa 5,4 Millionen Polen in den Vernichtungslagern, den Ghettos, am Galgen, bei Strafexpeditionen und durch Zwangsarbeit. Etwa 650.000 Polen waren als Soldaten gefallen<sup>2</sup>.

Dem wurde 1945, 1946 und 1947 die Vertreibung von über sieben Millionen Deutschen aus den nun polnischen Gebieten jenseits von Oder und Neiße entgegengesetzt. Mit einem Unterschied immerhin: Während der von den Deutschen — ohne Not — verübte Völkermord unverhohlen imperialistischen Intentionen entsprach, war die polnische Vertreibung der Deutschen — in Not — eine Konsequenz sowjetischer Inanspruchnahme ostpolnischer Gebiete jenseits der Curzon-Linie.

Für geraume Zeit waren jene Massenmorde und Massenvertreibungen<sup>3</sup> die einzige, geradezu makabere Begründung der feindseligen Beziehungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk.

Bestenfalls gab es vereinzelte persönliche Kontakte zwischen Deutschen und Polen im gemeinsamen Exil oder in der heimlichen Republik anachoretischer

---

1 Dieser Ausspruch von Frank wurde am 30. 9. 1946 im Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg zitiert. „Der Prozeß gegen die Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof“, Nürnberg 1948, Band XXII, S. 617. Siehe auch Band XXXVI, S. 329. Vgl. auch „Deutsche Politik in Polen 1939—1945. Aus dem Diensttagebuch von Hans Frank, Generalgouverneur in Polen“, hrsg. von Imanuel Geiss und Wolfgang Jacobmeyer, Leverkusen 1980.

2 Rudolf Andersch, „Polonia restituta“ in „Frankfurter Hefte“, 3. Jg., Heft 6, Juni 1948, S. 558.

3 „... Sie sind nach allem, was geschehen ist, nicht unbegreifliche und absonderliche verbrecherische Entartungen, sondern natürliche, wenn auch böse Reaktionen: Schreckliche Folgen schrecklicher Taten. Seien wir ehrlich: Wir *haben* früher, vorher, längst mit ihnen gerechnet; wie oft haben wir, wenn wir mit gedämpfter Stimme von den Juden- und Polen-Tötungen oder von den schändlichen Behandlungen der Arbeitssklaven sprachen, zueinander gesagt: Wehe dem deutschen Volk, wenn das einmal über uns kommt! Nun *ist* es über uns gekommen.“ Walter Dirks, „Verhängnis und Hoffnung im Osten. Das deutsch-polnische Problem“ in: „Frankfurter Hefte“, 2. Jg., Heft 5, Mai 1947, S. 472 f.

Gelehrter. Die vereinzelt Stimmen, die hüten zur Versöhnung aufriefen, konnten im eigenen Land kaum verstanden und drüben erst recht nicht gehört werden. Hinzu kam schon bald ein weiteres Problem, welches für die späteren politischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen vermutlich von Vorteil war: Der Wettkampf zwischen erneuerten geistigen Systemen im Osten und Westen Europas.

Zwei Gedanken der ersten Nachkriegsjahre mögen hier aufgegriffen werden.

1947 schrieb Adam Schaff in der Warschauer Zeitschrift „Kuznica“ (= „Schmiede“, Nr. 7 und 8): „Nach der ‚Zeit der Verachtung‘, der Herrschaft des Faschismus, wurde die Sache des Menschen zur allerwichtigsten Sache; das ist eine normale Reaktion auf die Schändung der Rechte und der Würde des Menschen durch den Faschismus. Deshalb ist jetzt der Begriff ‚Demokratie‘ zu einem Modewort, ist ‚Humanismus‘ zu einem Lieblingswort geworden. Daher auch die Ablehnung jener gesellschaftlichen Strömungen, die eines negativen Verhältnisses zu den Postulaten des Humanismus verdächtigt werden. Dieses Moment wird von den Gegnern der Arbeiterbewegung geschickt ausgenützt, die dem Marxismus Antihumanismus vorwerfen. Oft sind ihnen dabei ehrliche Anhänger des Sozialismus behilflich, die, ohne die marxistische Ideologie zu kennen und zu verstehen, diese in einem Zerspiegel zeigen und bemüht sind, den Marxismus um den ‚Humanismus‘ zu ‚ergänzen‘, der doch im Grunde das tiefste Wesen des Sozialismus darstellt.“<sup>4</sup>

1946 schrieb Karl Jaspers: „In der Tat sind wir Deutschen ohne Ausnahme verpflichtet, in der Frage unserer Schuld klar zu sehen und die Folgerungen zu ziehen. Unsere Menschenwürde verpflichtet uns. Schon was die Welt über uns denkt, kann uns nicht gleichgültig sein; denn wir wissen uns zur Menschheit gehörig, sind zuerst Menschen und dann Deutsche. Wichtiger aber noch ist uns, daß unser eigenes Leben in Not und Abhängigkeit seine Würde nur noch durch Wahrhaftigkeit uns selbst gegenüber haben kann. Die Schuldfrage ist mehr noch als eine Frage seitens der andern an uns eine Frage von uns an uns selbst. Wie wir in unserem Innersten antworten, das begründet unser gegenwärtiges Seins- und Selbstbewußtsein. Sie ist eine Lebensfrage der deutschen Seele. Nur über sie kann eine Umkehrung stattfinden, die uns zu der Erneuerung aus dem Ursprung unseres Wesens bringt . . . Philosophie und Theologie sind berufen, die Tiefe der Schuldfrage zu erhellen.“<sup>5</sup>

\*

So anregend die geistig-politischen Unterschiede, Gegensätze und Spannungen zwischen Publizisten im Osten und Westen zu werden versprochen, der Kalte Krieg

<sup>4</sup> Adam Schaff, „Humanismus, Sprachphilosophie, Erkenntnistheorie des Marxismus. Philosophische Abhandlungen“, Wien 1975, S. 166.

<sup>5</sup> Karl Jaspers, „Die Schuldfrage. Ein Beitrag zur deutschen Frage“, Heidelberger Vorlesungen im Wintersemester 1945/46. 1. ausführliche Ausgabe Heidelberg 1946, S. 29 f. 2. gekürzte Ausgabe Zürich 1946, S. 8.

brach den Kontakt jäh ab<sup>6</sup>. Gegenüber dem Westen bildeten in Polen Marxisten, Katholiken und die wenigen verbliebenen Demokraten beinahe spontan eine nationale Front, die von anderer Qualität als die „antifaschistische“ Einheitsfront in der sowjetischen Besatzungszone, aber mindestens von gleicher Intensität wie die ostwärts gerichtete nationale Front der westdeutschen Liberaldemokraten, Christdemokraten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Protestanten, Katholiken und Flüchtlinge war.

Die Bildung geschlossener nationaler Fronten im Kalten Krieg war bezeichnend für die besondere Situation in Polen und in Westdeutschland. Anders war das in Ländern, deren Bürger durch den Kalten Krieg zu Konfrontationen gegeneinander aufgewiegelt wurden: Griechen im Partisanenkrieg, Italiener im lässigen Bürgerkrieg zwischen Kirche und Kommunisten, Franzosen in den lebhaften Kontroversen politischer Philosophien.

Die intellektuelle Gärung in Frankreich mit den Profilierungen der Existentialisten und der Personalisten, der zeitweilig wortstarke Einfluß des Linkskatholizismus blieben nicht ohne Wirkung auf Westdeutschland. Aus Frankreich kam die Anregung zu einer noch zaghaften Friedensbewegung, zur Auflehnung gegen die Teilung der Welt in Ost und West in Folge des Kalten Krieges.

Auf die westdeutschen Beziehungen zu Polen konnte sich dies allerdings kaum konkret auswirken. Zu brüskierend unbetroffen feierten stalinistische Friedensfreunde Freundschaftsvertrag und Friedensgrenze zwischen der jungen DDR und der Volksrepublik Polen. Die nationalen Einheitsfronten der antipolnischen Westdeutschen und der antideutschen Polen wurden dadurch eher verkrustet.

Dies war nicht ohne positive Bedeutung für die innere Stabilisierung in beiden Ländern. Polen prostituierte sich im Kalten Krieg nicht mit spektakulären Gerichtsprozessen, wie es beispielsweise die Volksrepublik Ungarn tat, wo die Kommunisten 1948 und 1949 über Kardinal József Mindszenty ihr Recht sprachen, was diesen in der Sicht der Westdeutschen<sup>7</sup> zum prominentesten christlichen Märtyrer im sowjetischen Einflußbereich werden ließ, während der Kardinal in den Augen französischer Linkskatholiken<sup>8</sup> ein Repräsentant des herrschaftlichen Großgrundbesitzes blieb.

\*

<sup>6</sup> Hans Mayer berichtet über den vom 25. bis 28. 8. 1948 veranstalteten „Breslauer Weltkongreß“ der Intellektuellen in: „Frankfurter Hefte“, 3. Jg., Heft 11, November 1948, S. 975—980. Dies war einer der letzten polnischen Versuche, trotz des Kalten Krieges politische Kontakte mit Wissenschaftlern im Westen zu pflegen.

<sup>7</sup> Vgl. „Mindszenty-Dokumentation“, Hrsg. von Josef Vecsey und Joh. Schwendemann, 3 Bände, München 1956—57. Immerhin war in Polen durch Dekret vom 9. 2. 1952 die kirchliche Jurisdiktion der Aufsicht des Staates unterstellt worden. Am 29. 9. 1953 wurde Kardinal Wyszyński verhaftet. Im Herbst 1956 konnte der Kardinal nach Warschau zurückkehren und das Dekret wurde aufgehoben.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. „Itinéraire de Henri Perrin, prêtre ouvrier 1914—1954“, Paris 1958, S. 21, 175 f. Deutsche Übersetzung: Henri Perrin, „Briefe und Dokumente aus dem Nachlaß“, München o. J. (1960), S. 22, 187 f.

Polen und die nunmehr gegründete Bundesrepublik konnten sich, vor inneren Ärgernissen gefeit, in nationaler Verbissenheit einander die geschlossenen Fronten des Kalten Krieges zeigen. Dennoch wurden neue Begegnungen zwischen beiden Völkern in Sphären vorbereitet, die die Gewissen mobilisierten:

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war in Deutschland eine weit zurückreichende literarisch-kulturelle Tradition wieder aufgegriffen worden, in Übersetzungen aus der polnischen Sprache den Deutschen Zugänge zur polnischen Dichtkunst zu erschließen<sup>9</sup>.

Kaum hatte sich in Europa die Spaltung zwischen Ost und West vollzogen, da bereitete die polnische Dichtung in ihren westdeutschen Übersetzungen eine Atmosphäre vor, die über die Verständigung hinaus einen erheblichen Beitrag zur Wiederherstellung eines halbwegs normalen Alltags deutsch-polnischer Beziehungen leistete.

Es fehlt nicht an Mutmaßungen, die diesen Erfolg der polnischen Literatur in Westdeutschland zu erklären versuchen: „Die Sklavenschaft des Geistes in totalitären Staaten, die wir Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus äußerlich in den Redewendungen, Gebärden und Handlungen des damaligen Alltags, innerlich in der Anschauung dessen, was in den einzelnen Menschen vorging, erfahren haben, wird hier an den Erscheinungen der östlichen Volksdemokratien, besonders Polens, in einer Weise gezeigt, die wahrhaft ergreift, uns Deutsche vielleicht mehr noch als die westlichen Völker, denn wir sind Mitwisser dessen, was hier in polnischer Abwandlung gezeigt wird.“<sup>10</sup>

Oder: „Die deutschen Lyriker und Leser erkennen in dem poetischen ‚Drang nach Westen‘ der Polen keine bedrohliche Offensive, sondern ein Entgegenkommen, das sie brüderlich berührt. Dieser Drang, das Suchen der Polen nach ihren Wiegen im Westen, findet Verständnis und schafft Annäherung. Auch das Verständnis deutscherseits hat seinen Grund. Nicht wenige unserer Dichter und Schriftsteller, die heute in der Literatur Bedeutung haben, stammen aus dem ostdeutschen oder dem polnischen Raum, wo man häufig zweisprachig aufwuchs und wo das Zusammenleben zum Selbstverständnis gehörte.“<sup>11</sup>

Für die Resonanz der polnischen Schriftsteller im Westen sprechen sicher auch die häufigen innenpolitischen Wandlungen, denen sich die Autoren in Polen ausgesetzt sehen. So zum Beispiel: „Im März 1956, knapp einen Monat nach dem denkwürdigen 20. Parteitag in Moskau, auf der 19. Sitzung des Kultur- und Kunstrates verurteilten die polnischen Schriftsteller entschieden den sozialistischen

Realismus und mit ihm die ganze in seinem Zeichen entstandene sowjetische Literatur. Die Schärfe ihrer Aussagen kennt in der jüngsten Geschichte der osteuropäischen Literatur keine Parallele. Sie verdienen wörtlich zitiert zu werden. Antoni Slonimski, der im gleichen Jahr zum Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes gewählt wurde, erklärte: ‚Die erste sträfliche Verdrehung und Abkehr von den marxistischen Klassikern war der Kongreß der Sowjetschriftsteller im Jahre 1934, damals schuf Schdanow, gestützt auf die leichtsinnigen Ansichten Gorkijs und unter Ausnutzung dessen schriftstellerischer Autorität, die These des sozialistischen Realismus. Dieses präzise, zur Zerstörung der Kunst gedachte Werkzeug verteilte er unter seine Beamten, die mit Lust und einem durch Angst angestachelten Eifer ihr Zerstörungswerk zwanzig Jahre ausgeführt haben. . . . Der Oktoberumschwung 1965 und die entscheidenden Wandlungen auf dem Gebiete der Kulturpolitik, vor und nach diesem Ereignis, sicherten der polnischen Literatur neue, außergewöhnliche Entfaltungsmöglichkeiten. Der politische Einfluß der Partei auf das literarische Schaffen ließ merklich nach, die Zensurbestimmungen wurden sehr entscheidend gelockert, die kulturellen Kontakte zum Westen auf breiter Front aufgenommen. Die Berührung mit der westlichen Literatur wurde für die folgende Entwicklung, vor allem das Schaffen der jungen Dichtergeneration, von wesentlicher Bedeutung.“<sup>12</sup>

Im Unterschied zur polnischen Dichtkunst fand die moderne polnische Musik später, erst nach 1956, Hörer in der Bundesrepublik. Dann allerdings konnte die Warschauer Nationalphilharmonie in Westdeutschland auftreten. Der junge Komponist Krzysztof Penderecki erlebte im Frühjahr 1966 mit Unterstützung des Westdeutschen Rundfunks im Dom zu Münster die Uraufführung seiner „Lukaspassion“. Karol Szymanowski, der nach dem Ersten Weltkrieg im radikalen stilistischen Umbruch den Elfenbeinturm der Musikkunst geborsten hatte, wurde 1982 zum hundertsten Geburtstag im Westen mit einer Schallplatten-Kassette<sup>13</sup> geehrt.

Polnische Dichtkunst, polnische Musik und übrigens auch die Restauration westdeutscher Kirchen und Schlösser durch polnische Kunsthandwerker waren Elemente, die in der Bundesrepublik Sinn für polnische Kultur weckten und Verständigung mit dem östlichen Nachbarn vorbereiten halfen. Die anderen Elemente waren die 1946 von Karl Jaspers in der „Schuldfrage“ erwähnten Elemente Philosophie und Theologie (man muß hinzufügen: ethischer Rigorismus und Religiosität). Ohne sie wären in der Bundesrepublik Deutschland die Wege zur Normalisierung der politischen Beziehungen mit Polen nicht so wirksam bereitet worden.

Die deutschen Philosophen und Theologen, die sich in den sechziger Jahren (und vorher) ans Werk machten, dem deutschen Volk die politische Wirklichkeit

<sup>9</sup> Siehe Maria Fischbach-Pospelova, „Polnische Literatur in Deutschland“, Meisenheim 1960; Karl Dedecius, „Polonica in den Verlagen der Bundesrepublik Deutschland 1946—1966“, Ausstellung und Messe-GmbH des Börsenvereins, Frankfurt/M. 1966; „Polnische Literatur in deutscher Übersetzung 1945—1975“ bearbeitet von Klaus Staemmler, mit einem Vorwort von Walter Fabian, Stadtbücherei Dortmund 1975. Umgekehrt wurde von Inter Nationes eine Bibliographie der „Übersetzungen aus der deutschen Sprache. Polnisch 1948—1965“ bei Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1966, herausgegeben.

<sup>10</sup> Karl Jaspers, „Vorwort“ in: Czeslaw Milosz, „Verführtes Denken“, Köln 1974 und Frankfurt 1978, S. 7.

<sup>11</sup> Karl Dedecius, „Deutsche und Polen. Botschaft der Bücher“, München 1971, S. 66.

<sup>12</sup> Karl Hartmann, „Polen. Kultur der Nationen — Geistige Länderkunde“, Nürnberg 1966, S. 231 f. Vgl. auch Karl Hartmann, „Das wissenschaftliche Leben in Polen“, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen 1964.

<sup>13</sup> Karol Szymanowski, „Orchesterwerke, Drei-LP-Kassette, EMI, 1 C 165—43 210/12. Krzysztof Penderecki, „Passio et mors domini nostri Jesu Christi secundum Lucam“, Zwei-LP-Kassette, Philips 802 771/772 AY. Krzysztof Penderecki, „Dies irae, Oratorium zum Gedenken an die Ermordeten in Auschwitz. Polymorphia. De natura sonoris“, Philips 839 701 LY.

bewußt werden zu lassen, brachen entweder als Einzelgänger oder gleich in kompletten Seilschaften auf. Zu den unbequemen, die Kriegs- und Trümmergeneration ansprechenden Einzelgängern gehörten Karl Barth, Martin Niemöller und Karl Jaspers. Sie waren Christen, die „sich nicht mit einem Bekenntnis zur Ruhe setzten, sondern vielmehr mit dem Bekenntnis sich auf den Weg machten“ (Niemöller).

Nicht selten verkehrten sie in ruppiger Umgangssprache mit ihren Landsleuten: „1. Was kann die Bundesrepublik außenpolitisch tun? In der bisherigen Geschichte folgte auf Niederlagen und Gebietsverlust, wenn nur die geringste Möglichkeit bestand oder geglaubt wurde, stets der Wille zur Revanche. Das Verlorene sollte wiedergewonnen werden. In dem neuen Zeitalter der Atombombe ist das bisher Normale in einem bestimmten Sinn verbrecherisch geworden . . . Die Erde ist verteilt. Die Völker, die im Besitz gewaltiger Territorien, ganzer Kontinente sind, sind bevorzugt. Immer ist die Alternative Weltkrieg, Atomkrieg, Vernichtung der Menschheit. Das Ergebnis des eindeutig durch Hitlerdeutschland vom Zaun gebrochenen Krieges — die Errichtung neuer Staatsgrenzen — muß als Faktum übernommen und anerkannt werden. Es handelt sich nicht um Strafe, sondern um Gewalt, die der Gewalt gefolgt ist. Wer als Gewalttäter mit Gewalt niedergeschlagen werden mußte, hat die Folgen seiner Gewalttat zu übernehmen. 2. Wer jedes Recht vernichtet, darf nachher nicht für sich aus einer Vergangenheit, die nun nicht mehr ist, *Rechtsansprüche* erheben. Er muß, wenn die Gnade des Siegers ihn am Leben gelassen und nicht sein Auschwitz mit einem neuen Auschwitz beantwortet hat, aus dem jetzt Gegebenen sein neues Dasein gestalten . . . Die Bundesrepublik, ein Teil des früheren Deutschland, der getrennt wurde durch den Willen der Besatzungsmächte und hervorgegangen ist aus dem Deutschland, das bedingungslos kapituliert hat, hat keine Rechtsansprüche. Das Potsdamer Abkommen bedeutet ein Abkommen unter den Siegern, keine Verpflichtung gegenüber dem Besiegten. Sich auf eine künftige Friedenskonferenz und einen dann erst zu erreichenden Friedensvertrag zu stützen, bedeutet Täuschung durch eine Fiktion. Der Friedensvertrag, der zwanzig Jahre nicht geschlossen wurde, wird nie geschlossen. Der Friede ist da ohne ihn.“<sup>14</sup>

Über die Seilschaften, die Philosophen, Theologen und schließlich selbst katholische Bischöfe bildeten, um im deutschen Volk die Widerstände gegen eine Politik zu überwinden, die eventuelle Änderungen des Staatsraum-Volumens nur in reiner Gesinnung ohne fiktive Rechtsansprüche, also nicht nur „in Frieden und Freiheit“, sondern in wirklichem Frieden und in wahrer Freiheit zu erreichen — oder eben auch aufzugeben trachteten, wird an anderer Stelle dieses Buches ausführlicher zu berichten sein. Hier sind nur die wichtigsten Kreise genannt, die in der Bundesrepublik Realpolitik bekundeten:

- |                   |   |
|-------------------|---|
| 6. November 1961  | Unterzeichnung und am 24. Februar 1962 Veröffentlichung des „Memorandums der Acht“ bekannter Protestanten.  |
| 15. Oktober 1965  | Veröffentlichung der Kammer der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD): Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. |
| 18. November 1965 | Botschaft der in Rom versammelten polnischen Bischöfe an die deutschen katholischen Bischöfe.   |
| 15. Dezember 1965 | Antwort der deutschen Bischöfe.   |
| 2. März 1968      | Der „Bensberger Kreis“ prominenter katholischer Laien veröffentlicht ein Memorandum zur deutsch-polnischen Frage. Im  |
| Oktober 1969      | nimmt dieser Kreis erneut Stellung.   |

\*

1945 und 1946 bildeten Richter aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Sowjetunion den internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg. Die Deutschen, damals noch weitab „Draußen vor der Tür“, konnten diesen Prozeß — wenn überhaupt — am verbliebenen Volksempfänger einigermaßen verfolgen. Deutsche waren wortlose Zuhörer. Doch in bewegter Sprache wurde der Prozeß — zumindest im Westen — von jenen Völkern erörtert, die die Richter im Nürnberger Prozeß gestellt hatten. Heftig war auch die Diskussion unter den Niederländern, wenn über Seyß-Inquart, unter den Norwegern, wenn über Rosenberg, und unter den Polen, wenn über Frank zu richten war.

Unter den wichtigsten Prozessen gegen deutsche Völkermörder ragte 1961 der Eichmann-Prozeß in Jerusalem heraus. Er war ein Richterspruch des Volkes Israel. Seit 1982 bereitet sich Frankreich, ungut an seine „collaborateurs“ und an Intrigen des CIA erinnert, auf den Barbie-Prozeß in Lyon vor.

Unter den zahlreichen Strafverfahren gegen Nationalsozialisten in der Bundesrepublik waren zwei von besonderer Bedeutung: der Auschwitz-Prozeß in Frankfurt und der dahinsickernde Maidanek-Prozeß in Düsseldorf. In diesen vor deutschen Richtern anhängigen Gerichtsverfahren ging es nicht um den Alltag im Dritten Reich. Hier war Urteil über die Höllen des Dritten Reiches zu sprechen, und die waren in Polen. Die mit diesen Prozeßgegenständen verbundenen Umstände lösten Bewegungen aus, die Deutsche und Polen aufeinander zuführten und voneinander abstießen.

Am 19. August 1965 sprach der Senatspräsident Hans Hofmeyer das Urteil im Auschwitz-Prozeß: „Nach zwanzig Monaten geht ein Prozeß zu Ende, dessen äußerer Rahmen und ungeheurer Inhalt ihm den Charakter des Außergewöhnlichen gegeben haben, obwohl schon in Polen Hunderte von Auschwitz-Prozessen stattfanden, obwohl dort 700 Lager-Angehörige abgeurteilt wurden. Verständlich, daß in diesem Prozeß der Wunsch hereingetragen worden ist, er möge zur Aufhellung der Ungeheuerlichkeiten beitragen. Die Vielzahl dieser Fragen durfte das Gericht jedoch nicht von dem ihm vorgezeichneten Weg abbringen,

<sup>14</sup> Karl Jaspers, „Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen — Gefahren — Chancen“, München 1966. Hier zitiert aus Karl Jaspers, „Aspekte der Bundesrepublik“, München 1972, S. 121 f.

allein die Schuld des einzelnen zu prüfen. Die Dauer des Verfahrens und die Art der Erhebungen sprechen dafür, daß nur die Erforschung der Wahrheit im Mittelpunkt gestanden hat . . . Die Großen sind — von Hitler bis Baer<sup>15</sup> — nicht mehr unter den Lebenden . . . Es wäre ein Fehler, zu sagen, daß (die kleinen Leute) schuldlos seien, weil andere das Geschehen eingeleitet hätten. Sie waren genau so nötig für die ‚Endlösung‘ wie jene, die sie befahlen, die den Plan am Schreibtisch ersannen.“<sup>16</sup>

War der Auschwitz-Prozeß schon ein langwieriges Verfahren, der Maidanek-Prozeß schleppte sich noch länger — fünfeinhalb Jahre — durch die Zeitgeschichte Polens und der Bundesrepublik (doppelt so lange wie das Schreckenslager bestand) und endete schließlich am 9. Juli 1981 mit einem umstrittenen Urteil<sup>17</sup>. Vertrauen der Polen zu uns hat es nicht fördern können.

Die hier zusammengefaßten Vorgänge — die philosophischen und religiösen Debatten im deutschen Volk, die Verbreitung polnischer Kultur im Westen und die Verurteilung deutscher Vernichtungsunternehmen in Polen durch Richter der Bundesrepublik — ergaben einen Konsens von Gewissen und Wissen, von dem in diesem Buch zahlreiche Zeugnisse abgelegt werden.

\*

Heute, längst nach Abschluß des Warschauer Vertrages im Jahre 1970, ist unsere Stimmung kaum anders als zuvor, als zum Beispiel am 14. Januar 1965 der damalige stellvertretende Vorsitzende der SPD, Fritz Erler, in Berlin erklärte: „Meine persönliche Meinung ist die, daß zur Vorbereitung eines im Zusammenhang mit der Herstellung der deutschen Einheit zu führenden Grenzgespräches es nützlich wäre, wenn Deutsche und Polen einmal ohne fremde Vormünder diese delikate Frage auch miteinander erörterten, weil ich davon überzeugt bin, daß es eine Möglichkeit gibt, auch unserem polnischen Nachbarn, mit dem wir genau so gute Beziehungen haben wollen, bei dem wir genau wissen wollen, was ihm von deutscher Seite angetan ist, ein so gutes Verhältnis zu uns zu verschaffen, wie uns das im weitgehenden Umfang zu den früheren Kriegsgegnern im Westen gelungen ist. Das würde ein direktes Gespräch bedeuten, denn die Oder-Neiße-Linie ist weder von den Deutschen noch von den Polen gezeichnet worden, sondern von anderen auferlegt worden, möglicherweise auch mit der Nebenabsicht der dauerhaften Feindschaft dieser beiden Völker. Und deshalb muß man auch mit unserem polnischen Nachbarn darüber sprechen, daß nur eine Lösung, die auch die innere

15 Richard Baer, im Frühjahr 1963 gestorben, war der letzte Auschwitz-Kommandant.

16 Zitiert aus „Archiv der Gegenwart“, 35. Jg., Bonn 1965, S. 12014, Abs. C.

17 Dazu Heiner Lichtenstein, „Maidanek, Reportage eines Prozesses“, Frankfurt/M. 1979. Hermann Langbein, „Menschen in Auschwitz“, Wien 1972. Eugen Kogon, „Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager“, Kindler, München 1974 und Heyne Sachbücher 7027, München 1977. „Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno“, dtv Allg. Reihe 2904, München 1977. Adalbert Rückerl, „Die Strafverfolgung nationalsozialistischer Verbrecher 1945—1978. Eine Dokumentation“, Heidelberg — Karlsruhe 1978. Gerda Zorn, mit einem Vorwort von Herbert Wehner, „Nach Ostland geht unser Ritt. Deutsche Eroberungspolitik zwischen Germanisierung und Völkermord“, Bonn 1980.

Zustimmung der Deutschen finden kann, auf die Dauer Freundschaft zu unserem östlichen Nachbarn zu schaffen vermag.“<sup>18</sup>

Fritz Erler erfuhr damals den heftigen Widerspruch der Bundesregierung und des Bundestagspräsidenten. Doch in einem widersprachen sie ihm nicht: im Wunsch auf die Zustimmung des deutschen Volkes zu einer der Aussöhnung dienenden Ostpolitik.

Diese Selbstverständlichkeit ist nun in einem neuen Zusammenhang wieder beachtenswert geworden. Mittlerweile hat die Ost-West-Spannung zugenommen und droht, einen zweiten Höhepunkt zu erreichen, diesmal im Klang apokalyptischer Posaunen der ins Weltall reichenden Kriegsrüstungen. Die Heerscharen werden zum zweiten Kalten Krieg mobilisiert.

Doch nunmehr zeichnen sich neue Strukturen der Spannungen in der internationalen Politik und in den innenpolitischen Verhältnissen der Länder ab, die vom Ost-West-Konflikt besonders betroffen werden können. Die vorhin erwähnten inneren Fronten im ersten Kalten Krieg, die beispielsweise durch Griechenland, durch Italien und durch Frankreich verliefen, sind beinahe völlig zerbröckelt. Frankreich bietet sogar das verwirrende Bild einer antisowjetischen Einheitsfront der ganzen Nation. Im Januar 1983 unterstützte der sozialistische Präsident Frankreichs im Bonner Bundestag sogar demonstrativ den Nato-Doppelbeschluß. Dies war wenig im Vergleich zur Ausweisung von vier Dutzend sowjetischen Diplomaten und Spionen, die im April 1983 unter dem Applaus aller linken und rechten Parteien Frankreichs vollstreckt wurde. Noch im ersten Kalten Krieg hätte etwa das Pariser Büro des Weltfriedensrates darauf mit einer Massendemonstration reagiert.

Ins Gegenteil haben sich die Verhältnisse in Polen und in Deutschland verkehrt. Schon in der DDR macht sich eine gar nicht schüchterne Friedensbewegung ans Werk, „Schwerter zu Pflugscharen“ umschmieden zu wollen. In der Bundesrepublik sind kaum kanalisierbare Strömungen unter den Kriegsgegnern so breit und mitreißend geworden, daß davon ausgerechnet die Partei erfaßt wurde, die im ersten Kalten Krieg — den bürgerlichen Parteien voraus — in vorderster Front des Ost-West-Konfliktes stand: die deutsche Sozialdemokratie<sup>19</sup>.

Die SPD ist in Weiterführung der von Carlo Schmid und Fritz Erler angeregten und von Willy Brandt eingeleiteten Ostpolitik dazu angehalten, auch bei neuerlich zunehmenden Spannungen Frieden wahren und deutsche Revanche an Polen

18 Pressekonferenz mit Fritz Erler am 14. 1. 1965 nach einer Sitzung der Führungsgremien der europäischen Bewegung in Paris, in: „Die SPD-Fraktion teilt mit“, Bonn 18. 1. 1965, S. 11.

19 Unter den vielen Beispielen, die dies bezeugen, sind hier die Erinnerungen Konrad Adenauers zitiert: „Die CDU war bei ihren Bemühungen um die Aufstellung einer Nationalen Repräsentanz an alle Vertreter der Zonenparteien, unter anderem auch an die Führer der SED herangetreten. Hier waren es namentlich Lemmer und Kaiser, die diese Schritte unternahmen. Dr. Schumacher lehnte die Mitarbeit der SPD an der von uns erstrebten Nationalen Repräsentanz ab mit der Begründung, daß, solange die Voraussetzungen in der russischen Zone für einen demokratischen Aufbau nicht gegeben seien — er verstand darunter in der Hauptsache die Zulassung der SPD —, er nicht die Möglichkeit erblicke, für seine Partei mit der SED zu verhandeln.“ Konrad Adenauer, „Erinnerungen 1945—1953“, Stuttgart 1965, S. 203.

verhindern zu wollen. Neben die programmatisch begründete Aufgabe tritt eine durch Generationenwechsel bedingte Herausforderung. Eine Jugend, die in bunten Leinenschuhen beweglich ist, muntert beharrlich, wenn auch nicht immer bedacht, die älteren Generationen, die in Knobelbechern reif und geprüft wurden, zur Fortsetzung der Friedenspolitik auf. Das bringt Reibungen und interne Konfrontationen mit sich, die sich durchaus förderlich auswirken können.

In der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik keimen Friedensbewegungen mit starken christlichen Impulsen und sozialistischen Perspektiven, lebhaft von basisdemokratischen Vorstellungen gepackt. Drüben, in Polen, formiert sich in Gezeiten von stürmischen Fluten und langen Ebben eine solidarische Arbeiterbewegung voll christlicher Gläubigkeit und mit starken Neigungen zu einer Basisdemokratie von polnischer Eigenart<sup>20</sup>. Die einen werden beschuldigt, Handlanger des Ostens, die anderen, Handlanger des Westens zu sein. Beide können — jeweils in ihren Ländern — alles mögliche und unwahrscheinliche bewirken, nur nicht regieren oder mit Regierungen oder Oppositionen im anderen Lager verhandeln. Sie mögen füreinander Sympathien hegen, doch über die Wälle zwischen Ost und West hinweg kooperieren können sie nicht.

Auf lange Sicht werden die für uns und für die allermeisten Polen unsympathischen Machtverhältnisse in Polen unverändert bleiben. Das heißt nicht, wir hätten es in Polen weiterhin mit einem starren Machtsystem zu tun. „Es spricht vieles dafür, daß sich der Wandel des in Osteuropa etablierten totalitären Systems . . . weder als einmalige Haupt- und Staatsaktion noch als unmerkliche Metamorphose abspielt. Wenn es zu einer Frontbildung zwischen den in die Defensive gedrängten totalitären Kräften auf der einen Seite und den zur Offensive übergehenden authentischen gesellschaftlichen Kräften auf der anderen Seite kommt, dann ist das, wie sicher auch immer der schließliche Ausgang dieser Konfrontation sein mag, doch ein Konflikt, der in einer Reihe von Etappen, in verschiedenen Formen und auf wechselnden Kriegsschauplätzen ausgetragen wird. So wie die Errichtung und die Durchorganisation eines totalitären Regimes ihre Zeit gebraucht haben, so dürfte auch seine Demontage und Überwindung eine Zeit dramatischer Konflikte ausfüllen.“<sup>21</sup>

Dieser Zustand ist nicht bestimmend für die gegenwärtigen gesellschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen. Diese folgen weiterhin ihren eigenen gruppen- und disziplininternen Regeln der Erneuerung, der Veränderung, des technischen und sozialen Wandels. Aber

dieser Zustand, „die Fesselung des Leviathan“ und „die Entfesselung des Beheemoth“<sup>22</sup> in Polen, bestimmt auf absehbare Zeit unsere politische Beziehung zu Polen.

\*

Da hat sich bereits vieles getan, was uns nicht unbekannt ist, worauf zu reagieren uns aber unbehaglich ist: Ein polnischer General hat in Polen die Macht an sich und seine Armee gerissen. Nicht ein sowjetischer General und nicht die Rote Armee, wie es 1981 noch durchaus vorstellbar gewesen wäre, regieren in Warschau. Und erst recht ist kein DDR-General mit seiner Nationalen Volksarmee in die Volksrepublik Polen einmarschiert. Das ist verdammt viel, was dieser polnische General Wojciech Jaruzelski — fürs erste — bewirkt hat.

Dieser General hat die Führung eines Landes mit einer heruntergekommenen Wirtschaft, einer katastrophalen Außenhandelsposition und einer desolaten kommunistischen Staatspartei übernommen. Um die Wirtschaft und um den Außenhandel hat er sich mit bisher kleinen Erfolgen gekümmert. Die Kommunistische Partei ließ er in ihrer Agonie links im Staatsgestrüpp liegen. Auch das ist eine Leistung, die Respekt verdient.

Die großen kommunistischen Theoretiker des polnischen Sozialismus haben sich schon längst aus dem politischen Geschäft zurückgezogen. Nirgends im sowjetischen Machtbereich gelten Kommunistische Partei und marxistische Ideologie so wenig wie in Polen. Das ist den autonomen Antagonisten, der solidarischen Arbeiterbewegung und der polnischen Armee zu verdanken.

Einst galt auch in Polen die traditionelle sowjetische Formel des Herrschaftssystems: Sozialistische Ideologie (I) führte zur Diktatur des Proletariats (P), diese zur sozialistischen Wirtschaftsordnung (W) und weiter zum klassenlosen Sozialverband (S). Das war der Unterschied zur politischen Struktur des Westens, die von der Wirtschafts- und Produktionstechnik (W) zur sozialen Stratifikation (S) und weiter — über die gesellschaftliche Schichtungen rechtfertigende Ideologie (I) — zu den politischen Institutionen (P) der Macht führt<sup>23</sup>. In Polen findet gegenwärtig unaufhörlich eine Mischung beider Systeme statt, wobei zweifelsohne von W ausgehend S bestimmt wird, und davon I abhängt, was zur Morbidität von P führt, gleich ob unter P nun die Diktatur des Proletariats oder schlechthin die politischen Institutionen verstanden werden.

In groteskem Widerspruch hält die polnische Armee das polnische Volk in Unfreiheit und sichert Polens Freiheit. In diesem Paradoxon müssen unsere politischen Beziehungen zu Polen gepflegt — oder abgerissen werden.

Wenn die Spannungen zwischen den politischen Systemen im Osten und Westen weiterhin — auch nur geringfügig — zunehmen, verlieren in Polen nicht nur

<sup>22</sup> Inhalt einer These von Helmut Wagner in: „Die Doppelgesellschaft . . .“, a. a. O.

<sup>23</sup> In Anlehnung an Maurice Duverger, „Sociologie de la politique. Eléments de science politique“, Paris 1973, S. 428 f.

<sup>20</sup> „Die Revolte der Arbeiter an der Küste barg insofern ein antiutopisches und antimythisches Element in sich, als die Gewerkschaft ‚Solidarität‘ sich entschieden gegen eine falsche, von der offiziellen Doktrin vorausgesetzte Solidarisierung wandte. Diese offizielle Doktrin verstand darunter eine Solidarisierung der gesamten Nation, folglich eine für die Partei ungeführliche Form der Solidarität. Eine so verstandene Solidarisierung steht übrigens in einem direkten Zusammenhang mit einer gewissen Vision der Gesellschaft bei Karl Marx, mit seiner romantischen Überzeugung, daß eine von der Plage der Entfremdung befreite Gesellschaft eine Einheit darstelle und keine Mechanismen zur Vermittlung von Konflikten brauche.“ Adam Zagajewski, „Polen, Staat im Schatten der Sowjetunion“, Reinbek 1981, S. 195 f.

<sup>21</sup> Helmut Wagner, „Die Doppelgesellschaft: Systemwandel in Polen“, Berlin 1981, S. 15.

die Arbeiterbewegung, sondern auch die Armee ihre politische Autonomie. Nur wenn wir (wer denn sonst?) bemüht sind, den Kalten Krieg zu verhindern, kann für Polen der Frieden nach außen gewahrt bleiben, der zur Reifung seiner Autonomie erforderlich ist. Mehr als Polens Frieden nach außen können Politiker nicht hüten. Polens inneren Frieden werden womöglich Seelsorger zu stiften haben. Wir leisten uns selbst in unserer Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Totalitarismus und mit dem russischen Hegemonieverlangen einen Dienst, wenn wir Polens Stärkung fördern. Polens Stärkung wird nicht nur durch die Gesundung seiner Wirtschaft und durch die Festigung moralischer und gesellschaftlicher Freiheiten des polnischen Volkes bewirkt. In der Reihenfolge aller Bedürfnisse gehört dazu zuerst die Stärkung des Regimes, der *polnischen* Herrschaft über *Polen*.

Was in unseren Geschichtsbüchern schamhaft die „Teilungen“ Polens genannt wurde, verdient eine präzisere Realdefinition, wenn es um die Zustände Polens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geht: die klammheimliche Genugtuung in der östlichen und westlichen Nachbarschaft Polens über die Schwächung des Polenadlers.

Der Polenadler — Gott sei es geklagt — war nie oder nur in seltenen Dämmerstunden Wappentier demokratischer oder sozialistischer, leninistischer oder parlamentarischer Regierungen; er ist das Wappentier der Staatsführungen, die Polens Freiheit vor den äußeren Feinden zu wahren bemüht sind. Solche Staatsführungen sind in den Nachbarschaften nicht überall sympathisch. Doch vor einem mögen sich die Deutschen wie die Sowjets hüten: die polnischen Regierungen mit Noten ihrer jeweiligen Sympathien zu bedenken.

Soll uns das Regime in Warschau unsympathisch sein und bleiben, wenn es nur stark ist! Denn das ist auch unsere Stärke, unsere Freiheit, so wie es schon 1831 in einem Flugblatt des Polenvereins Neustadt an der Haardt (Weinstraße) stand:

„Die freien Bürger schwanden, die Fürsten wurden groß,  
Europas Völker sanken in tiefe Geistes Nacht,  
Die Freiheit war gestorben und ward zur Gruft gebracht:  
Da einten sich die Fürsten zu schmählichem Vergleich  
Und theilten unser Erbe, der Polen altes Reich.  
Die jüngst sich selbst bekämpften verband jetzt der Gewinn  
Und über unsre Fluren goß sich der Heerstrom hin,  
Vom Haupt des Polenadlers die Krone sank herab  
Und seine starken Fänge, die hieben sie ihm ab.“<sup>24</sup>

Im deutsch-polnischen Verhältnis zeichnet sich eine riskante Alternative ab: Wenn die Beziehungen zwischen den Regierungen und den staatlichen Bürokratien gepflegt und gefördert werden, was seit Dezember 1981 schon ungewöhnlich schwer geworden ist, dann wird die Opposition in Polen, so stark oder so schwach sie auch sein mag, an diesem Dialog nicht teilnehmen können und wollen. Umge-

<sup>24</sup> Aus „Der Polen Appellation an das Urteil der Völker von Europa“ in: Joachim Kermann, „Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Hambacher Festes“, Landesarchiv Speyer 1981, Blatt 11.

kehrt können aber Deutsche, die nicht offiziell die Bundesregierung oder Bundesbehörden zu vertreten haben, unbekümmert und in schuldiger Achtung das Gespräch mit solchen Polen fortsetzen, die sich nicht unter ihre Regierung beugen. Dies ist immerhin so lange möglich, wie sich die polnische Regierung nicht zu tief vor der benachbarten Übermacht beugen muß. Guter Rat ist teuer: „Hat man die Wahl zwischen zwei Alternativen, selbst wenn sie einander widersprechen, so entscheide man sich für die eine und nach Möglichkeit auch für die andere.“ (Karol Irzykowski, führender polnischer Literaturkritiker in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen<sup>25</sup>.)

<sup>25</sup> Zitiert aus „Denkspiele. Polnische Aphorismen des Zwanzigsten Jahrhunderts“, Insel taschenbuch 76, Frankfurt/M. 1974, S. 20.